

Bilanz der letzten Wahlperiode (2011-2016): Offenbachs Gesicht verändert sich

Politiker und Autor George Bernhard Shaw sagte einmal: „Zu haben was man will ist Reichtum, es aber ohne Reichtum tun, ist Kraft.“

Kraft hat die SPD-Fraktion gemeinsam mit ihrem Oberbürgermeister Horst Schneider und ihren Dezernenten Dr. Felix Schwenke und davor Michael Beseler gezeigt.

Offenbachs Gesicht verändert sich. Neue Häuser werden gebaut, Gebäude saniert und Spielplätze angelegt. In anderen Bereichen fallen die vielen Veränderungen nicht so schnell ins Auge. Doch auch sie bewegen Offenbach: In unserem Zusammenleben, beim Sport oder den Kulturangeboten. Die folgende Bilanz soll die wichtigsten Veränderungen der letzten fünf Jahre aufzeigen.

Städtischer Haushalt

Das Ziel der SPD war und ist die Wiederherstellung der vollen finanziellen Handlungsfähigkeit der Stadt Offenbach. Der Weg dahin führt nach unserer Überzeugung weiterhin über den Dreiklang des „Modells Offenbach“ von Verwaltungsumbau, Haushaltssanierung und Stadtentwicklung. Es geht darum, mehr Gewerbesteuererinnahmen und mehr Einnahmen aus der Einkommenssteuer von hier lebenden berufstätigen Menschen zu erzielen, um damit die Wiederherstellung der vollen finanziellen Handlungsfähigkeit der Stadt Offenbach zu erreichen.

Verwaltungsumbau heißt auch, einen **bürgerfreundlichen Service der Verwaltung** sicher zu stellen:

- Im März 2014 wurde eine große Kundenbefragung des Bürgerbüros durchgeführt, um den Service bestmöglich an die Kundenwünsche anzupassen.
- Durch die Zusammenlegung der Standesämter Offenbach / Dietzenbach kann das Standesamt perspektivisch flexibler Termine anbieten. Eine interkommunale Kooperation gibt es auch im Bereich der Bauaufsicht.
- Das Bürgerbüro bietet eine Online-Abmeldung für Fahrzeuge an, so dass kein Besuch im Bürgerbüro mehr notwendig ist. Diese Dienstleistung kann auch online bezahlt werden.
- Die Lebenswirklichkeit in der Stadt soll sich auch in der Verwaltung widerspiegeln. Deshalb haben wir die Ausschreibungskriterien der Stadt Offenbach um die Anforderung nach interkultureller Kompetenz ergänzt. Dies wird indirekt auch zur Erhöhung des Anteils von Migranten in der Verwaltung führen.

- Wir haben den Magistrat beauftragt, im Sinne einer sozialen, ökologischen und nachhaltigen Beschaffung, künftig die Vergabe öffentlicher Aufträge ab einem Auftragswert von € 10.000 grundsätzlich an sozialen, ökologischen, umweltbezogenen und innovativen Anforderungen gemäß § 3 des Hessischen Vergabe- und Tariffreuegesetzes auszurichten.
- In Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und deren Ausschüssen sowie bei Veranstaltungen der Stadt Offenbach werden auf der Grundlage eines Stadtverordnetenbeschlusses ausschließlich Fairtrade-Produkte verwendet.
- Wir haben die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle für die Stadtverwaltung beschlossen, diese befindet sich in der Vorbereitung.

Das **Ziel der Haushaltssanierung** im Blick zu behalten bedeutet, die eigenen Ausgaben gering zu halten und über die Gewerbeansiedlung auch auf überörtlicher Ebene für mehr Einnahmen für die Stadt einzutreten:

- Unserer Kämmerer Dr. Felix Schwenke (SPD) hat sich für die vollständige Übernahme der Kosten der Unterkunft durch den Bund eingesetzt. Diese bedeutet eine erhebliche Kostenerleichterung für den städtischen Haushalt.
- Er hat zudem in Abstimmung mit anderen betroffenen Städten Hilfe für die Finanzierung der Zuwanderung aus Südosteuropa gefordert und so eine Zuweisung in Höhe von 1,2 Mio. erkämpft.
- Anfang 2014 hat er über 7.000 Bewohner von Nebenwohnungen in Offenbach angeschrieben und sie gebeten, ggf. zu überprüfen, ob sich ihre Lebenssituation so verändert hat, dass sie ihre Nebenwohnung in ihren Hauptwohnsitz ummelden möchten.
- Die Zweitwohnsitzsteuer wurde erhöht.
- Er hat mit der Koalition einen schutzschirmkonformen Haushalt für 2015 vorgelegt, der vom Regierungspräsidium Darmstadt mit deutlichem Lob und ohne Auflagen genehmigt wurde.
- Zur Sicherung der Einnahmen der Stadt Offenbach und um einen schutzschirmkonformen Haushalt vorlegen zu können, wurde die Grundsteuer B erhöht. Die Erhöhung der Grundsteuer bringt dem städtischen Haushalt pro Jahr 4,5 Millionen Euro ein. Hätten wir nicht auf 600 Punkte erhöht, müsste man Alternativen haben, um die Finanzierungslücke zu schließen. Im Raum stünden dann z.B. die Erhöhung der Kita-Gebühren, die Anhebung von Busfahrpreisen

oder die Kürzung von Vereinsförderungen. Wir finden: Solche Maßnahmen wären zu einseitig. Die Grundsteuer betrifft jede Bürgerin und jeden Bürger und nicht nur Einzelne. Die Mieter kleiner Wohnungen zahlen etwas weniger, die Hausbesitzer etwas mehr.

- Wir haben die Spielapparatsteuer von 15 auf 20 Prozent erhöht, das lässt Mehreinnahmen von 1 Mio. Euro im Jahr erwarten.
- Die Bereitstellung von mehr Wohnraum hat für Offenbach den Effekt, noch mehr Einkommenssteuerzahler nach Offenbach zu holen. Der Einkommenssteueranteil für Offenbach wird im nächsten Jahr 49 Millionen Euro betragen und steigt gegenüber 2014 bereits um 500.000 Euro.
- Bei der Debatte um die Reform des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) hat die Stadt Offenbach als einzige Stadt nicht nur Pressearbeit betrieben, sondern auch eigene Berechnungen vorgelegt. So konnte belegt werden, dass wir mehr Netto-Ausgaben für die von Bund und Land übertragenen Pflichtausgaben aufwenden müssen, als wir Zuweisungen aus dem KFA bekommen. Das ist der Grund für die Offenbacher Haushaltsmisere und das darf nicht so bleiben. Mit diesen mit Zahlen belegten sachlichen Argumenten konnten wir die Landesregierung überzeugen, zu Gunsten von Offenbach nachzubessern.

Wirtschaft

Offenbach muss ein starker Partner in der Region Rhein-Main und ein attraktiver Wohnstandort für Menschen sein, die ihr Geld mit ihrer eigenen Arbeit verdienen. Wir haben den **Gewerbestandort Offenbach** weiter gestärkt:

- Die Gewerbesteuer wurde von uns bewusst nicht erhöht, um Gewerbebetriebe in Offenbach zu halten und neue anwerben zu können.
- Für die Ansiedlung von Gewerbe haben wir gute Voraussetzungen geschaffen. Durch die Beschlüsse zum Kaiserleiumbau entstehen wertvolle Gewerbeflächen für die Stadt. In den Jahren 2011 und 2012 ist es dem Magistrat gelungen, die Finanzierung des Umbaus des Kreisels mit Hilfe des Bundes und des Landes, sowie der Stadt Frankfurt, sicher zu stellen. Dazu wurden mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung mit der Stadt Frankfurt ein Grundstücksverkauf und ein Zuschuss für den Umbau vereinbart.
- Eine weitere wichtige Gewerbefläche ist das Gebiet „Sprendlinger Landstraße Nord“, den Aufstellungsbeschluss haben wir vor kurzem getroffen.

- Neben der Anwerbung neuer Gewerbebetriebe kümmert sich die städtische Wirtschaftsförderung um die Sicherung von Arbeitsplätzen durch das Halten von Unternehmen in Offenbach.
- Von dem Prozess zur Erstellung eines Masterplans können wir weitere positive Impulse für Offenbach erwarten.
- Wir ermöglichen drei Stunden kostenfreies Parken am Mainufer.
- Wir haben die Informationsrechte der Aufsichtsratsmitglieder in den Städtischen Gesellschaften gestärkt.

Verkauf des städtischen Klinikums

In der vergangenen Legislaturperiode mussten wir das **Klinikum Offenbach** an einen privaten Anbieter verkaufen. Als SPD-Fraktion übernehmen wir Verantwortung für diese Entscheidung.

- Wir haben uns im Jahr 2004 dazu entschlossen, das Klinikum neu zu bauen. Eine gewaltige finanzielle Anstrengung. Zumal im Vergleich zu anderen Städten die sehr geringen Zuschüsse des Landes nur in Raten ausgezahlt wurden. Ohne die baulichen Voraussetzungen hätten wir jetzt in Offenbach kein Klinikum mehr. Die räumlichen und hygienischen Voraussetzungen waren unhaltbar geworden.
- Später hat die Gesundheitsreform mit der Einführung der Fallpauschalen dazu geführt, dass die Finanzierung des Klinikumbetriebs bei gleichzeitig zu schulternden Investitions- und Zinslasten immer schwieriger wurde. Sparmaßnahmen mussten geplant und umgesetzt werden. Schließlich musste die Stadt immer wieder Kredite aufnehmen, um Geld in das Eigenkapital des Klinikums einzubringen. Wir haben viele solcher Beschlüsse in der Stadtverordnetenversammlung gefasst. Gemeinsam.
- Aber die Anstrengungen kamen zu spät: Die Wirklichkeit waren etwa 90.000 Euro Schulden pro Tag, die immer wieder über den städtischen Haushalt ausgeglichen werden mussten. Das hat der Regierungspräsident schließlich nicht mehr mitgetragen. Es untersagte uns weitere Kreditaufnahmen zur Eigenkapitalstärkung des Klinikums. Damit war entschieden: Das Klinikum musste verkauft werden.

- Ja, wir wollten das Klinikum unbedingt kommunal halten. Warum? Weil es in unserer Nähe sehr viele negative Beispiele von Klinikprivatisierungen gab. Es war unser Anliegen, in Offenbach Gesundheit als kommunale Daseinsvorsorge zu verstehen und das Klinikum in kommunaler Hand zu halten.
- Für Offenbach stellte sich nun die Frage nach einem Verkauf einerseits oder einer Insolvenz. Die Folgen einer Insolvenz wären jedoch massiv gewesen. Die Stadt hat einen gesetzlichen Versorgungsauftrag für die Krankenhausversorgung zu erfüllen. Das hätte auch im Falle einer Insolvenz des Klinikums gegolten. Die Folge wären noch größere finanzielle Opfer seitens der Stadt gewesen. Es ging auch um die vielen Arbeitsplätze am Klinikum, dem größten Arbeitgeber der Stadt.
- Nun sind wir jedoch froh, dass wir mit der „Sana“ zumindest eine Käuferin gefunden haben, die eine Krankenkasse im Hintergrund hat und keinen Hedge-Fond, wie manch anderer Krankenhausträger. Die „Sana“ hat sich in Deutschland als Trägerin bereits etabliert und kann somit Beständigkeit für die Patienten garantieren. Das Klinikum wird von Sana als Maximalversorger betrieben, dringend notwendige Sanierungen und Umbauten werden von ihr vorgenommen. Das Haus hat einen guten Ruf, immer wieder wechseln bekannte Spezialisten an das Klinikum.
- Die Ursachen für die Notlage des Klinikums liegen insbesondere in der deutschen Gesundheitsfinanzierung insgesamt begründet. Inzwischen schreibt bekanntlich jedes zweite Krankenhaus rote Zahlen. Das zeigt: es gibt einen wesentlichen Fehler im System. Immer wieder gibt es bundesweite Streiks gegen den Pflegenotstand an deutschen Kliniken. In Offenbach demonstriert die Sana-Geschäftsführung zusammen mit ihren Mitarbeitern. Auch hier müssen wir als SPD-Politikerinnen und Politiker Verantwortung übernehmen und gegenüber unseren Kollegen in der Bundesregierung Druck aufbauen.

Bildung und Erziehung

Die Priorität der SPD-Fraktion bei den Investitionen lag in der letzten Legislaturperiode in den **Schulbau- und Kitasanierungen**. Sie nahmen in den Haushalten der letzten fünf Jahre jeweils über die Hälfte der Investitionsprogramme ein. Insgesamt hat die Stadt Offenbach zwischen 2007 und 2014 bereits über 135 Millionen Euro für die Schulbausanierungen aufgewendet. Bis zum Abschluss des Sanierungsprogrammes 2026 werden wir noch einmal ca. 248,68 Millionen Euro investieren.

- Durch die Neubauten und Sanierungen der Schulen schaffen wir die Bedingungen, sie zu Ganztagschulen zu machen. An der Ernst-Reuter Schule wurden die Bedingungen für eine Gesamtschule geschaffen. In den letzten

fünf Jahren wurden die Sanierungen der Waldschule Tempelsee, der Theodor Heuss Schule, der Beethovensschule und der Grundschule Bieber/Waldhof abgeschlossen. Es folgen in den nächsten Jahren unter anderem die Sanierung der stark ausgelasteten Goetheschule, der Käthe-Kollwitz-Schule und der Mathildenschule. Der Bau der Hafenschule- und Kita hat bereits begonnen.

- Inhaltlich wurde die Bildungslandschaft in Offenbach ausgeweitet. An der Theodor-Heuss Schule haben wir nun ein berufliches Gymnasium und eine Fachoberschule Gesundheit eingerichtet.
- In der Kinderbetreuung haben wir den Rechtsanspruch zur U3 Betreuung erfüllt. Die Stadt hat sich verpflichtet, darüber hinaus für 45% der Kinder unter drei Jahren Plätze vorzuhalten. Die Krabbelstubenplätze werden in Offenbach schneller ausgebaut als gesetzlich vorgeschrieben
- Wir haben die Betreuungsplätze im Krabbelstuben- und Kitabereich ausgebaut. Mit den zwei neuen Einrichtungen am ehemaligen MAN-Gelände und im Hafen werden wir die 100 Prozent-Quote erfüllen: Für alle Kinder in Offenbach steht dann ein Kita-Platz zur Verfügung.
- Trotz Sparauflagen der Landesregierung: Wir haben durchgesetzt, dass die Kita-Gebühren in Offenbach stabil bleiben.
- Wir haben dafür gesorgt, dass vereinzelt vorgekommene Betreuungslücken beim Übergang von der Krabbelstube in die Kita beseitigt wurden.
- Wir haben die Sprachstandsförderung in städtischen Krabbelstuben ausgeweitet.
- Mit der Vereinbarung zum Hessencampus bis 2016 durch die Stadt Offenbach, das Land Hessen, die VHS sowie Theodor-Heus- und gewerblich-technische Schule werden Beratungs- und Unterstützungsangebote für Jugendliche unter 25 Jahren gestärkt und weitergeführt.
- Wir haben den Anstoß für die Einrichtung einer Abendrealschule in Offenbach gegeben.

Stadtentwicklung

Bei den **Investitionen** sind wir gemeinsam mit unserem **Oberbürgermeister Horst Schneider (SPD)** nach dem Motto vorgegangen, die Stadt von innen heraus zu erneuern. Viel hat sich trotz knapper Mittel auch in den letzten fünf Jahren getan. Der Wilhelmsplatz wurde zu einem attraktiven Platz, der Hafen entwickelt sich in einem rasanten Tempo, der Luisenhof wird zum attraktiven Wohnstandort. Im Bereich der Stadtentwicklung muss es wie bisher gelingen, Fördergelder und private Investoren zu gewinnen, damit die Stadt nur geringe Mittel ausgeben muss, um die Stadt trotzdem auch im Erscheinungsbild voranzubringen.

- Der immer noch wachsenden Nachfrage nach Wohnraum und stets steigendem Zuzug nach Offenbach werden wir an vielen Stellen im Stadtgebiet gerecht. Das geht von Reihen-, Doppel-, als auch freistehenden Häusern im jetzt zur Vermarktung freigegebenen Baugebiet „An den Eichen Nord“ los, über Eigentumswohnung im Luisenhof und Hafen, bis hin zum Mietwohnungsbau auf dem Friedelgelände und auch geförderten Wohnungsbau auf dem ehemaligen MAN-Gelände, im jetzigen Senefelder-Quartier. Die sozialdemokratische Wohnungspolitik hat den Anspruch, allen Bevölkerungsgruppen die Teilhabe am städtischen Leben zu ermöglichen.
- Aufgrund gestiegener Anfragen von Investoren wird am Hafen das gesamte Baugebiet, Hafen erschlossen. Bald abgeschlossen ist auch der Bau zweier Brücken: eine für Autos und eine für Fußgänger und Fahrradfahrer.
- Der Hafen 2 hat einen neuen Standort in einem neuen Gebäude erhalten.
- Die „Riegelbebauung“ am Hafen durch die AGB ist abgeschlossen. Durch die Häuser wird ein Lärmschutz gegenüber des Fechenheimer Industriegebietes geschaffen, was Voraussetzung für eine generelle Bebauung der Hafensinsel war.
- Die Hafentreppe ist fertig gestellt worden und wird von Besuchern und Anwohnern gerne genutzt.
- In der Arthur-Zitscher-Straße hat die GBO ein Studentenhaus errichtet. Insgesamt 7 Wohnungen stehen für 21 (HfG-) Studenten bereit.
- Auf dem ehemaligen MAN-Gelände wird ein neues Quartier geschaffen, das neben Wohnungen großzügige Grünflächen, Kinderspielplätze, eine Kindertagesstätte und einen Lebensmittelmarkt vorsieht. Damit entwickelt sich das „Senefelderquartier“ zum attraktiven Wohngebiet gerade für Familien.

- Mit „Luisenhof-Quartier“ wurde eine Baulücke in der Luisenstraße geschlossen. Hier entstehen attraktive Eigentumswohnungen.
- Auf dem ehemaligen Friedelgelände an der Bieberer Straße wurden neue Wohnungen, ein Café, ein Supermarkt und eine Parkanlage mit Spielplatz gebaut.
- Das Wohngebiet „An den Eichen“ wurde weiter entwickelt. Dank gesteigerter Nachfrage können immer mehr Grundstücke vermarktet werden.
- Der Stadthof wurde umgestaltet.
- Der Ostendplatz in Bieber wurde umgestaltet und seine Aufenthaltsqualität verbessert.
- Nun ist auch endlich der Weg frei für den Rahmenplan Kaiserlei und das Gelände kann entwickelt und umgestaltet werden. Mit dem Umbau gewinnt die Stadt zwei Hektar attraktive Gewerbefläche.
- Der Grundsatzbeschluss zum Marktplatz-Umbau und die Durchführung eines Wettbewerbes wurden gefasst und die Planungen laufen auf Hochtouren. Ziel ist, durch die Einrichtung eines geteilten Raums („Shared Space“), in dem Fußgänger und motorisierter Verkehr gleichberechtigt sind, die Trennwirkung des Platzes aufzuheben und eine Verbindung zwischen Frankfurter Straße und Wilhelmsplatz herzustellen. Unter dem Namen „Marktplatz-Forum“ fand eine umfangreiche Bürgerbeteiligung zum Umbau des Marktplatzes statt. S-Bahnfahrer, Radler, Fußgänger, Autofahrer, Gewerbetreibende und Parkhausbetreiber waren aufgefordert, ihre Wünsche und Ideen einzubringen.
- Die Erschließung Bürgel Ost ist in Vorbereitung. Der Mainzer Ring wurde fertiggestellt.
- Gleiches gilt für die Erschließung Bieber-Nord.
- Der Tempelseeweiher und der Schultheißweiher wurden saniert.
- Das Besucherzentrum Wetterpark wurde eröffnet, erfreut sich großer Beliebtheit und hat einen Architekturpreis gewonnen.
- Wir haben die Aufstellung einer Rundbank mit einem Rundweg an der Zarenlinde sowie die Erschließung des Aussichtshügels im Rumpenheimer Schlosspark beschlossen.

- Wir haben die zukünftige Begrünung der Spundwände des Maindamms landeinwärts auf Rumpenheimer Gemarkung beschlossen.

Verkehr und Umwelt

In einer Großstadt, ist es notwendig, **Mobilität und Umweltschutz in Einklang** zu bringen. Es ist uns daher trotz Sparzwanges gelungen, die Qualität des ÖPNV in Offenbach zu erhalten. Neben dem Busverkehr ist es uns wichtig, den Bürgerinnen und Bürgern weitere Möglichkeiten zur umweltschonenden Mobilität anzubieten. So haben wir beschlossen, bei entsprechender Förderung fünf weiteren eMobil-Stationen in Offenbach aufzubauen und das Angebot zu Nutzung der Elektromobilität attraktiver zu gestalten.

- Wir haben weitere Einbahnstraßen für den Radverkehr geöffnet.
- Wir haben eine bessere Beschilderung für das Radwegenetz beschlossen.
- Ein neuer Radweg zwischen Hafentreppe und Hafen 2 schließt das Radwegenetz zwischen Frankfurt und Offenbach.
- Eine Umweltzone wurde eingerichtet.
- Wir haben einen neuen Nahverkehrsplan beschlossen.
- Neue Buslinie, die das Wohngebiet „An den Eichen“ und den Hafen an das Nahverkehrsnetz anschließt.
- Es wurden mehr Investitionen in die Elektromobilität getätigt.
- Wir haben eine neue Stellplatzsatzung beschlossen.
- Neue Baumpflanzungen gab es am Wilhelmsplatz.
- Bereitstellung einer Fläche für den „Hafen Garten“.
- Wir haben dafür gesorgt, dass die Trinkwasserversorgung in kommunaler Hand bleibt.
- Die GBO hat das 3. Programm der energetischen Sanierung begonnen. An insgesamt 410 Wohnungen in 16 Liegenschaften vor allem im Nordend Offen-

bachs werden im Rahmen des KfW-Förderprogramms „Effizient Sanieren“ Sanierungsarbeiten vorgenommen.

Zusammenleben in Offenbach

Unser zentrales sozialdemokratisches Anliegen ist es, den **Menschen gleichberechtigten Zugang zu Bildung und Teilhabe** zu ermöglichen. Unabhängig von der sozialen Herkunft. Dies gilt für alle Generationen, im Besonderen jedoch für Kinder und Jugendliche. Die kommunale Arbeitsmarkt-, Sozial- und Integrationspolitik in Offenbach fordert aber auch offensiv den eigenen Einsatz und die Beteiligung. Wer dazu bereit ist, dem helfen wir mit unseren Maßnahmen, eine vollwertige Teilhabe am Leben zu ermöglichen.

Integration ist und bleibt eine wichtige Aufgabe Offenbacher Kommunalpolitik:

- Wir glauben, dass die deutsche Sprache das A und O für eine gelungene Integration ist. Wir haben in den letzten Jahren daher das von uns initiierte niedrigschwellige Mama lernt Deutsch Programm von einer auf 11 Grundschulen im Offenbacher Stadtgebiet ausgeweitet.
- Das Programm „Modellregion Integration“ mit der Förderung einer Vielzahl von Projekten wurde erfolgreich umgesetzt.
- Eine Bewerbung und Teilnahme am Projekt „WIR“ (Wegweisende Integration Realisieren) war erfolgreich. Hier wurde zum Beispiel die Hausaufgabenhilfe und Nachhilfe gemeinsam mit Migrantenvereinen für Kinder aus Südosteuropa organisiert.
- Es gibt neue Integrationsangebote insbesondere über eine städtische Kooperation mit der rumänischen Gemeinde CROM. Auch Projekte in bulgarischer Sprache sind vom Sozialdezernat mit der AWO und dem IB initiiert worden.
- Neue Stadtteilbüros wurden im Senefelderquartier und Bieber-Waldhof eröffnet.
- Durch Einführung eines anonymisierten Bewerbungsverfahrens setzt die Koalition interkulturelle Vielfalt in der Stadtverwaltung und im Stadtkonzern um.
- Ehrenamtlicher Stadtrat für „interkulturelle Angelegenheiten“

- Mentoringprogramme für Menschen mit Migrationshintergrund werden im Bereich der Jugendlichen durch das Kinder- und Jugendparlament und im Bereich der Frauen durch das städtische Frauenbüro angeboten.
- Das Projekt „Modellregion Integration Offenbach“ wurde erfolgreich abgeschlossen.
- Die Interkulturelle Woche, das Fest der Nationen und das Mainuferfest tragen dazu bei, dass alle in Offenbach vertretenen Kulturen und Nationen zusammenkommen.
- Es wurde gemeinsam mit allen Moscheegemeinden Offenbachs ein „Islamischen Runder Tisch“ ins Leben gerufen. Dieser verabschiedete unter anderem eine gemeinsame Erklärung gegen Intoleranz und Gewalt.

Kampf gegen **Kinderarmut**: Noch immer sind in Offenbach überproportional viele Kinder von Armut betroffen. Während die Kommunalpolitik in den meisten Fällen die Ursachen der Armut nicht beeinflussen kann, kann sie Initiativen unterstützen und Maßnahmen ergreifen, die zumindest die Auswirkungen von Kinderarmut abmildern können:

- Einsatz für eine hohe Ausschöpfung der Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket und einen leichteren Zugang zu Mitteln für Lernhilfe. Unser Ziel: Offenbach soll bei der Ausschöpfung der BuT-Mittel dauerhaft unter den besten drei Kommunen in Hessen liegen.
- Das Familienzentrum der Diakoniekirche erhält eine städtische Förderung, mit der die langjährige Fortsetzung des Programms weitergeführt und die Projekte ausgeweitet werden können. Das Familienzentrum setzt sich für Kinder im Mathildenviertel ein, die häufig von Armut betroffen sind.
- Die SPD-Fraktion hat auf den Weg gebracht, dass in allen Offenbacher Schulen, Jugendzentren städtischer und freier Träger sowie in allen Stadtteilbüros ein bis zweimal wöchentliche Hausaufgaben- und Nachhilfestunden angeboten werden. Unser Ziel: Das Angebot soll die Nachfrage decken und jedes Kind und jede Jugendliche und jeder Jugendlicher kann unabhängig vom Geldbeutel ihrer oder seiner Eltern Hausaufgaben- und Nachhilfe in Anspruch nehmen.

Hilfe für **Langzeitarbeitslose** über die MainArbeit:

- Es wurden erfolgreich zusätzliche Mittel zur Qualifizierung und Integration von Langzeitarbeitslosen akquiriert. (z.B. BIWAQ: 1,6 Mio. / ESF-

Bundesprogramm für Langzeitarbeitslose: 3,5 Mio. / Programm Soziale Teilhabe für Langzeitarbeitslose: 1,6 Mio / Zukunft gestalten für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz („ZUG“): 1,1 Mio)

- Es gibt ein neues dezentrales Beratungsangebot der MainArbeit im Lauterborn.
- Ein neuer Ombudsmann für die Mainarbeit wurde gewählt, die Funktion gestärkt.
- Eine bedarfsgerechte Schuldnerberatung wird von der Stadt Offenbach finanziell unterstützt. Die Mainarbeit empfiehlt Klienten aktiv, an einer Schuldnerberatung teilzunehmen.

Auch in einer im Vergleich jungen Stadt wie Offenbach, setzen wir uns für die Lebensqualität auch von **Seniorinnen und Senioren** ein:

- Wir haben eine Satzung für einen neuen Seniorenrat erarbeitet und beschlossen. Jetzt hat ein Rederecht in den Ausschüssen und kann so die Belange der Offenbacher Seniorinnen und Senioren bestmöglich vertreten.
- Eine Mobile Seniorenberatung in den Stadtteilen ist angelaufen und wird gut angenommen.
- Wir haben dafür gesorgt, dass das Seniorenzentrum am Hessenring in kommunaler Hand bleiben kann.
- Wir begrüßen zudem die Einrichtung einer Demenz-WG durch das StattHaus, lange hat sich die SPD für ein solches Angebot eingesetzt. Mit Hilfe der Hans und Ilse-Breuer-Stiftung ist es nun Wirklichkeit geworden.
- In der Sozialkommission wird an der Umsetzung der Umwandlung von Altagsstätten zu modernen Begegnungsstätten mit vielfältigem Freizeit-, Bildungs- und Kulturangebot gearbeitet. Das Emil-Renk-Haus wurde bereits saniert und erhielt einen Fitnesspark im Garten.
- Ein Seniorenzentrum am Standort des ehemaligen Else-Herrmann-Hauses wurde gesichert
- Der Altenplan wird fortgeschrieben. Hier werden die Bedürfnisse der Offenbacher Seniorinnen und Senioren festgehalten und konkrete Umsetzungsmaßnahmen erarbeitet.

Auch für die **Inklusion** hat sich einiges getan:

- Die SPD hat dafür gesorgt, dass alle Anträge auf Integrationshelfer und die Bereitstellung eines Inklusionsraums im Standardraumprogramm für Schulen genehmigt werden. Dadurch sind die personellen und räumlichen Voraussetzungen für Inklusion geschaffen worden
- Die SPD hat die Einrichtung eines Behindertenbeirats initiiert, der die Arbeit bereits aufgenommen hat.
- Wir haben die Erstellung eines „Kommunalen Aktionsplans Inklusion“ beschlossen.
- Wir haben eine internetbasierte Wohnungsbörse für barrierearme Wohnungen in Offenbach initiiert.

Gleichstellung:

- Die Arbeit des Frauenhauses, der Frauenberatungsstelle und der vorhandenen Frauenprojekte wird jährlich sichergestellt.
- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird in der Stadtverwaltung durch die Zurverfügungstellung von Teilzeitarbeitsmodellen und „Homeoffice-Arbeitsplätzen“ realisiert. Bei der EVO gibt es zudem einen Betriebskindergarten
- Das Projekt „Frauen in die Politik“ wird durch das Mentoringprogramm des Frauenbüros weitergeführt und Stadtverordnete unterstützen es aktiv.
- Mit dem Beitritt zur EU-Charta für Gleichberechtigung von Männern und Frauen auf lokaler Ebene fördert die Koalition eine aktive Gleichstellungspolitik in Offenbach

Sicherheit und Ordnung sind elementare Voraussetzungen für das friedliche Zusammenleben von Menschen in einer Stadt und für die Lebensqualität am eigenen Wohnort. Unsere sozial- und ordnungspolitischen Maßnahmen zielen deshalb darauf, alltägliche Ärgernisse der Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen, sie so gut wie möglich zu beseitigen und so ein lebenswertes Umfeld zu bieten. Sie zielen zudem auf eine gute Aufenthaltsqualität auch in der Innenstadt. Dabei setzen wir auf bürgernahe und dialogorientierte Politik.

- Stärkere Präsenz der Stadtpolizei im Stadtbild – Verdoppelung der Anzahl der Fußstreifen in der Fußgängerzone und den Innenstadtbahnhöfen seit dem Amtsantritt unseres Ordnungsdezernenten **Dr. Felix Schwenke (SPD)**. Im Jahr 2014 befand sich die Stadtpolizei insgesamt 3.622 Personenstunden auf Fußstreife.
- Sicherheit, Sauberkeit und Behindertenfreundlichkeit in den S-Bahn-Stationen
- Regelmäßige und erfolgreiche Kontrollen von Problemliegenschaften
- Verstärkte Kooperation zwischen Jobcenter und Bauaufsicht zur Vermeidung der Anmietung von Räumen, die nicht zu Wohnzwecken zugelassen sind
- Kooperationen zwischen Ausländeramt und MainArbeit.
- Beschluss des Vergnügungsstättenkonzeptes zur Bekämpfung von Spielhallen und Wettbüros. Unter anderem wurden die Öffnungszeiten von Spielhallen auf SPD-Initiative hin stark eingeschränkt.
- Aktionen zur Bekämpfung illegalen Glücksspiels – neben Großaktionen auch ständige Kontrollen durch das Ordnungsamt.
- Die Verkehrs- und Parkplatzsituation rund um den Ringcenter-Flohmarkt wurde aufgrund der Anwohnerbeschwerden verbessert
- Wir nehmen Hinweise von Bürgerinnen und Bürgern ernst. Wird von wiederholtem Brechen der Verkehrsregeln berichtet, werden entsprechende Kontrollen durchgeführt.
- Hilfe muss immer auch Akzeptanz in der Bevölkerung finden. Deshalb setzen wir uns mit ordnungspolitischen Maßnahmen gegen den Missbrauch von Sozialleistungen ein.
- Es werden Zivilstreifen eingesetzt, um verstärkt mutmaßliche Salafisten zu kontrollieren.
- Wir haben ein Rauchverbot auf Spielplätzen eingeführt.
- Weiterentwicklung und Sicherung des Quartiersmanagements im Nordend, Mathildenviertel und Lauterborn; Eröffnung neuer Stadtteilbüros im Senefelder Quartier und in Bieber-Waldhof; Ausblick: Start eines neuen Planungsgebietes „Soziale Stadt“ in der südlichen Innenstadt.

Kultur

Kultur schafft Nähe und Respekt. Kunst in jeglicher Vielfalt und Kultur als Gesamtbauwerk für unsere Stadt ist eine ständige Aufforderung. Für eine lebendige Kulturpolitik haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gearbeitet und im Rückblick viel erreicht:

- Als Leuchtturm können wir auf einen neuen Standort für den Hafen 2 blicken. Mit unserer Hilfe wurde das Projekt Kunst und Kultur gemeinsam erleben 800m weiter verlegt und es funktioniert prächtig. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass das Filmangebot mit besonderen Aktionen verbessert wird. Open-Air-Kino oder Kino der Extraklasse im Deutschen Ledermuseum sind Beispiele.
- Die Offenbacher Kulturvereine sind mit ihren Aktiven ein großes Glück für unsere Stadt. Alleine könnte das Kulturbüro der Stadt Offenbach nicht so ein breites Angebot zur Auswahl stellen. Weiterhin sind unsere Musik- und Kunstvereine die Grundfeste für ein Gesamtbauwerk. Die Preisträger der Offenbacher Kulturvereine tragen die Namen Musik im Park, Theater T-Raum, BOK, Oldie Club OF, Wiener Hof und die Offenbacher Pianisten. Es ist uns gelungen, den Umzug der MATO-Fabrik in das leerstehende Zollamt zu verlegen. Die Zollamtstudios sind für viele Kreative zum Treffpunkt geworden.
- Städtischen Einrichtungen wie das Forum Kultur, das Klingspormuseum, die einzigartige Stadtbibliothek sowie die Jugendkunstschule im Bernardbau sind wichtig für die Bevölkerung, um Nähe und Kontakt herzustellen. Ebenfalls Teil des Kulturkarrees ist das Haus der Stadtgeschichte, es wurde von den Sozialdemokraten ins Leben gerufen. Im Bernardbau, der ehemaligen Schnupftabakfabrik von 1733, haben schon viele Ausstellungen von bedeutenden Künstlerinnen und Künstlern stattgefunden. Der Saal ist für Jahre ausgebucht. Ein weiterer Ausstellungsraum ist dringend erforderlich. Der Bernardbau bietet sich an. Ziel unserer Kulturpolitik ist es, für die nächsten Jahre das Erreichte zu bewahren und Neues weiter zu organisieren.
- Da sind beispielsweise der Name Alois Senefelder und die Geschichte des Steindruckes, ein Projekt von Offenbachs Notendrucker und Musikverleger Johann Anton Andre. Der Vorläufer des heutigen Offsetdrucks begann in Offenbach am Main. Im Haus der Stadtgeschichte gibt es noch weitere Schätze zu heben: Technik und Kunst ist da die Überschrift. Spurensuche im ‚Netzwerk Grafik‘, Offenbacher Druckgeschichte vom Hessischen Landboten bis Klingspor, vom Buchdruck bis zur Schriftkunst heute.

- Wir haben uns für die Aufstellung von Hinweisschildern auf die ehemalige Bürgeler Synagoge stark gemacht. Diese wurde in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

Sport und ehrenamtliches Engagement

Offenbach ist eine Sportstadt. Damit das so bleibt, brauchen wir im Breiten- und Spitzensport Angebote und Sportstätten für unsere Aktiven. Deshalb wurde in der letzten Wahlperiode nicht nur das Stadion am Bieberer Berg erneuert, sondern auch in zahlreiche andere Anlagen investiert:

- Förderung des Freiwilligenzentrums und Vernetzung mit dem Referat Ehrenamt.
- Die Sportanlage am Wiener Ring wurde fertiggestellt.
- Wir investieren ca. 120.000 Euro in das Waldschwimmbad auf der Rosenhöhe, um unter anderem die Umkleideräume und die Herrendusche zu sanieren.
- Das Bootshaus der Hellas wurde an einem neuen Standort wieder errichtet.
- In Waldheim ist ein neuer Bolzplatz entstanden. Der bestehende Bolzplatz in Waldhof wurde saniert.
- Als Teil der neuen Hafenschule werden zwei neue Turnhallen gebaut, die zukünftig auch von Offenbacher Sportvereinen genutzt werden können.
- Der Judoclub Samurai erhält am Hafen eine angemessene Trainingsstätte. Er bekam auf Initiative der SPD-Fraktion einen einmaligen Zuschuss für neue Judomatten.

Flughafen

Wir haben ein **Forderungspapier zur Reduzierung des Fluglärms** beschlossen. Auf dieser Grundlage verhandelt die Stadt mit dem Ziel, die Belastung der Offenbacher Bevölkerung durch den Fluglärm zu reduzieren. Die Forderungen umfassen zehn Punkte:

1. Deutliche Reduzierung der Fluglärmbelastung in Offenbach durch eine Lärmobergrenze und die Deckelung der Anzahl von Flugbewegungen.

2. Erstellung einer Luftverkehrsprognose unter Berücksichtigung der aktuellen nationalen, europäischen und internationalen Entwicklungen
3. Rücknahme der großflächigen Siedlungsbeschränkung in Offenbach
4. Nachtflugverbot in der gesetzlichen Nacht von 22:00 – 06:00 Uhr
5. Schrittweise Reduzierung der Rückenwindkomponente
6. Dauerhafter finanzieller Ausgleich für alle lärmbelasteten Kommunen
7. Erhöhung des Anflugwinkels auf 3,5 Grad
8. Landeswellen auf der Südbahn um 1.500 m bahneinwärts versetzen
9. Regelmäßige Nutzung des segmentierten Anflugverfahrens
10. Vorgeschaltete, ergebnisoffene Bürgerbeteiligung

Der **Kampf gegen den Fluglärm** wird die SPD-Offenbach weiter beschäftigen. Viele unserer Mitglieder setzen sich seit Jahrzehnten dafür ein, dass Offenbach endlich wirksam entlastet wird. Dazu nehmen sie aktiv an Protestaktionen teil und organisieren sie mit. Mit ihren politischen Delegiertenmandaten diskutieren sie auch innerhalb der SPD auf Landes- und Bundesebene und vertreten vehement die Offenbacher Interessen. Die vom hessischen Wirtschafts- und Verkehrsministerium eingeführten Lärmpausen sind ungeeignet, die Bevölkerung insbesondere im Offenbacher Süden dauerhaft und wirksam vor den gesundheitsschädlichen Folgen des Fluglärms zu schützen.